

Die Finanzsorgen der Großmächte

Die Frage der Kriegsschulden und die Bilanz des Jahres 1925 — Labyrinth der Milliardenzahlen — Das nervöse Frankreich — Was alles am grünen Tisch vorging

Nachstehende Arbeit unseres Schriftleiters, der als Pressevertreter sowohl in Cannes als auch in London an den Verhandlungen teilnahm, erörtert den Werdegang der augenblicklichen wirtschaftlichen Krise Europas.

Zur Regelung der internationalen Kriegsschulden tagte am 6. Januar 1922 zu Cannes eine Konferenz. Bei den Verhandlungen wurde England durch den stets lächelnden weißhaarigen Lloyd Georges und Frankreich durch Aristide Briand (der nach vielen Entbehrungen sich von der Redaktion der „Lanterne“, über den Abgeordnetenstuhl des Haut-Loire zum Außenminister Frankreichs emporgearbeitet hatte) vertreten.

Als man noch Frankreichs Schulden umsonst regeln konnte.

Die Verhandlungen in Cannes sind mit den besten Hoffnungen begonnen worden. In England hat sich zu jener Zeit eine wundervolle romantische Neigung zur Regelung der Schulden der Nachkriegszeit gezeigt. Der Grund dazu dürfte unter anderem darin liegen, daß

England zu jener Zeit auch seine eigenen Kriegsschuldenverpflichtungen Amerika gegenüber nicht regeln konnte.

Die englische Presse hat bereits vor der Konferenz öffentlich erklärt, daß

die britische Regierung bereit sei, über die gänzliche Tilgung der Kriegsschulden, oder wenigstens über ihre Reduktion zu verhandeln.

So hätte Amerika aufgehört, Frankreichs Gläubiger zu sein, wenigstens in dem Maße, in dem England Frankreichs Schulden erlassen hätte. Die französische Regierung hätte infolgedessen auch Deutschland Nachlässe einräumen müssen.

Die französische Imperialistengruppe hat bereits vor Briands Abfahrt die Gefahrglocke gezogen und erklärte, daß in Cannes, wohin Deutschland — und sogar Rußland — trotz des französischen Widerstrebens eingeladen wurden, das Grab für Frankreichs Kriegsgewinne gegraben werde.

Der französische Abgeordnete Ribot gab Briand folgende Mahnung mit auf die Reise: „Vous allez déclencher une machine dont vous ne serdis pas le maître“ (Sie werden so einen Apparat in Bewegung setzen, dessen Bewegungen sie zu regulieren nicht imstande sind).

Im Verlaufe der Verhandlungen ist es auch zwischen den englischen und französischen Unterhändlern zu einer Einigung gekommen: Briand merkte, daß hier die einzige und nie wiederkehrende Möglichkeit sei, die unter allen Umständen bestehende Verpflichtung gegenüber England gegen die wenig aussichtsreichen Forderungen an Deutschland zu löschen.

In Frankreich aber war die Stimmung durch Poincaré und seine Anhänger nervöser geworden und am 11. Januar 1922 ging plötzlich eine Depesche nach Cannes ab, die Briand aufforderte, unverzüglich nach Paris zurückzukehren. Am 12. Januar versuchte Briand, in der Kammer die Resultate der Verhandlungen von Cannes zu beweisen, aber erfolglos.

Am selben Tage, nachmittags, als Rathenau als Beauftragter der deutschen Regierung die Gegenvorschläge vorbereitete, kam plötzlich wie eine Bombe, die Kunde von der Abdankung der Briand-Regierung.

Seitdem sind drei Jahre verstrichen. Poincaré und seine Politik sind durchgefallen; Herriots Regierung wurde der Platz geräumt, den wiederum Painlevé übernahm. Die Ruhrbesetzung — Poincarés Schachzug gegen die Bestimmungen von Cannes — hat ein Ende genommen, aber die Tatsache hat nicht aufgehört zu bestehen, daß

England inzwischen seine Kriegsschuldenverpflichtungen Amerika gegenüber in ein langjähriges Darlehen umgewandelt hatte

und infolgedessen seine Ansicht bezüglich des noch bestehenden Darlehens vollkommen änderte. Von den Nachlässen, die von englischer Seite während der Verhandlung angeregt wurden, kann heute keine Rede mehr sein.

Phantastische Zahlen.

Das Problem der Nachkriegsschulden der Entente ist sehr verwickelt, zuerst deshalb, weil ein Teil der Mächte nicht nur Schuldner, sondern zu gleicher Zeit auch Gläubiger sind. Andererseits wiederum, und vielleicht hauptsächlich nur deshalb, weil die bezüglich des Dawesplanes gepflogenen Verhandlungen deutlich bewiesen haben, daß eine Ueberweisung des in Rede stehenden Betrages eine Umwälzung der Weltwirtschaft bedeuten würde. Dazu auch keine Möglichkeit vorhanden ist, da die Summen viel zu hoch sind.

Die Beträge, die die Ententemächte (aus dem Kriege hervorgehend) sich gegenseitig schulden, sind geradezu gigantisch geworden. So schuldet z. B. hervorgehend) sich gegenseitig schulden, sind gegen England den Amerikanern 25 Milliarden, dagegen fordert England von Frankreich 15,5 Milliarden, von Italien 13,8 Milliarden, von Jugoslawien 712 Millionen, von Rumänien 619 Millionen, von Griechenland 583 Millionen, von Polen 112 Millionen und von Portugal 538 Millionen. Aber nicht nur England hat Verpflichtungen Amerika gegenüber, sondern auch Frankreich mit 17 Milliarden Franken, Rußland, Belgien und Polen wiederum mit verhältnismäßig kleineren Beträgen.

Nun liegt der Sachverhalt folgendermaßen: England zahlt an Amerika zur Verringerung seiner Verpflichtungen ungefähr 35 Millionen Pfund. Die Noten, die zu jener Zeit Balfour, später Curzon und am Anfang des Jahres Churchill, an Frankreich gerichtet haben, vertreten ausnahmslos den Standpunkt, daß

England von seinem europäischen Schuldner soviel Raten bekommen muß, wie es an Amerika jährlich zu bezahlen verpflichtet ist.

Ein Brief, den Sir Otto Nimayer, der Direktor der Auslandsabteilung des englischen Finanzamtes, an Caillaux richtete, erklärt, daß er Frankreichs Teilnahme an diesen 37 Millionen Pfund mit dem Betrag von jährlich 20 Millionen Pfund Sterling einschätzt.

Die Verhandlungen beginnen ...

Frankreich hat sich anfangs geweigert, die Lösung der Schuldfragen in dieser Form vorzunehmen. Es wollte seine Verpflichtungen England gegenüber von den Beträgen, die Deutschland laut Dawesplan an Frankreich zu entrichten hat, abhängig machen. Schließlich sind die beiden Regierungen aber doch übereingekommen, die französische Schuld in zwei Raten zu teilen. Die erste Rate muß Frankreich auf jeden Fall bezahlen, wogegen die Zahlung der zweiten Rate von der Höhe der aus Deutschland kommenden Reparationsgelder abhängig gemacht werden soll.

Als nun Caillaux die Regelung der französischen Finanzverhältnisse übernahm, enthielt sein Programm auch den ausschlaggebenden Punkt: Regelung Frankreichs ausländischer Verpflichtungen. Aufgenommen zum Teil deshalb, weil Frankreichs Kreditfähigkeit von der Fundierung seiner Außenstände abhängig ist, andererseits wiederum hauptsächlich, weil

England die in seinem Besitz befindlichen kurzfristigen Bons jederzeit auf den Markt schleudern und seinen Krieg um die Position des französischen Franken beginnen kann.

So haben nun auch die Londoner Verhandlungen begonnen, an denen ebenfalls Briand teilnahm.

Frankreich hat zuerst jährlich 3 Millionen Pfund Sterling angeboten. Auf dieser Grundlage konnte natürlich von einer ernsten Verhandlung keine Rede sein. Frankreich hat sich inzwischen bereit erklärt, bei verschiedenen Zahlungsfristen den Betrag auf jährlich 15 Millionen Pfund Sterling zu erhöhen. So konnte es schon eher zu einer Einigung kommen. Doch warfen die Vertreter Frankreichs bei den Verhandlungen Gründe ein, die den Ausgang dieser Verhandlungen nicht klar überblicken ließen; nämlich, Frankreich stellte in Aussicht, später an England die jährlichen 15 Millionen Pfund Sterling in französischer Währung abzuliefern, es könnte aber keine Garantie übernehmen, ob der Betrag noch dem heutigen Kaufwert entsprechen werde.

Dieses sogenannte „Transfer-Problem“ beschäftigte wochenlang die Londoner Kommission. Die Franzosen haben den Grund dieser Idee dem Dawesplan entnommen, der ähnliche Abmachungen enthält und bei dessen Durchführung sich auch erwiesen hat, daß die Schwierigkeiten nicht bei der Zahlungsfähigkeit, sondern lediglich darin, ob die gezahlten Beträge tatsächlich ihrem ursprünglichen Wert entsprechen, zu suchen sind.

Die amerikanischen Verhandlungen.

Ebenfalls Ende August dieses Jahres haben die Verhandlungen über die Rückzahlung des Darlehens Frankreichs begonnen. Am Anfang war Herriot als Führer der Kommission nach Washington vorgesehen, da aber Herriot inzwischen als Ministerpräsidentenkandidat aufgestellt wurde, überholten sich diese Kombinationen. Nach amerikanischen Berichten wurden die Franzosen in Washington günstig empfangen. Es war schon damals nicht ausgeschlossen, daß die französischen Schulden in Amerika in ein langfristiges Darlehen vertauscht werden. Die Meinungsverschiedenheiten lagen lediglich in der Ausführfrage. Frankreich wollte zuerst das amerikanische Darlehen auf den Markt bringen und erst dann die Regelung

seiner Finanzen und die Sanierung des amerikanischen Kriegsdarlehens vornehmen, wogegen das Washingtoner Weiße Haus der Ansicht war, daß Frankreich zuerst prinzipiell seine Schulden und das Gleichgewicht seines Staatshaushaltes balancieren muß und erst dann an die Unterbringung eines Darlehens auf dem amerikanischen Geldmarkt denken kann.

Es war vorzusehen, daß die Ansichten der beiden Mächte während der Verhandlungen sich nähern würden, und die amerikanische Regierung hat von dem starren Standpunkt schon deshalb nachgelassen, weil mit den französischen Verhandlungen parallel die Verhandlungen mit den Italienern bezüglich der amerikanischen Schuld gepflogen wurden. Wenn auch die Amerikaner sich streng hüteten, irgendwelche Kombinationen zwischen den beiden Schuldnern zu treffen, so war doch vorzusehen, daß die englischen und französischen Vertreter zwar besonders verhandelten, aber eine gemeinsam besprochene Taktik bei der Finanzregelung anwendeten. (—th.)

Eine antisemitische Hetzrede des Landeshauptmanns von Salzburg

Wien. (JTA) Der Landeshauptmann von Salzburg, Rehr, hat in einer vor einer öffentlichen Körperschaft gehaltenen Rede behauptet, daß die Wiener Regierung und die gesamte österreichische Wirtschaft unter der Diktatur der jüdischen Hochfinanz und der jüdischen Presse stehen. Es sei ein Glück, sagte Herr Rehr, daß die anderen Bundesstaaten auf der Wacht seien und die vollständige Versklavung Oesterreichs durch das jüdische Kapital verhindern. Die Rede des Landeshauptmanns der Provinz Salzburg hat in Wien unliebsames Aufsehen erregt.

Professor Eugen Fraenkel gestorben

Hamburg. (JTA) In Hamburg ist im 73. Lebensjahre Prof. Dr. Eugen Fraenkel, der Ordinarius für allgemeine Pathologie und bakteriologische Anatomie an der Hamburgischen Universität, gestorben. Im Cholera-Jahr 1892 war er es, der nach Ausbruch der Seuche durch seine bakteriologischen Untersuchungen die Natur der Erkrankungsfälle feststellte und durch diese rechtzeitige Erkenntnis ein noch weiteres Umsichgreifen der Seuche verhinderte.

Auszeichnung von Professor Umberto Cassuto

Rom. (JTA) Der von der Regierung zum Professor für hebräische Literatur an der Universität Florenz ernannte Prof. Umberto Cassuto, wurde vom Rabbinerseminar zu Florenz, an welchem Prof. Cassuto 19 Jahre lang doziert hatte, zum Ehrenprofessor ernannt. Diese Auszeichnung verleiht das Rabbinerseminar Florenz nun zum zweiten Male. Der erste Ehrenprofessor der Anstalt ist der bekannte Orientalist Professor Chajes, früher Lehrer am Seminar, jetzt Oberrabbiner von Wien.

Max Liebermann Mitglied des bayerischen Maximilian-Ordens

München. Vom Kapitäl des bayerischen Maximilian-Ordens für Wissenschaft und Kunst wurde Prof. Max Liebermann, der Präsident der Akademie der Künste zu Berlin, zum Mitglied des Ordens gewählt. Der bayerische Ministerrat hat diese Wahl bestätigt.

Beleugung der antisemitischen Front in Lemberg

Warschau. (JTA) Der Inspektor des Hauptpolizeikommandos, Ludwikowski, der nach Lemberg entsandt worden ist, um die Untersuchung gegen die Lemberger Polizeibeamten Lukomski und Kaidan, die der Protokollfälschungen in Sachen des Steiger-Prozesses und anderer Verbrechen bezichtigt werden, zu führen, ist nach wenigen Tagen Aufenthalts in Lemberg wieder nach Warschau zurückgekehrt. Im Zusammenhang damit wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß die Untersuchung wahrscheinlich nicht fortgeführt und daß die Differenzen zwischen der Kriminalpolizei und der politischen Polizei auf gütlichem Wege beigelegt werden würden. Ursache zu dieser neuen Wendung ist der Umstand, daß die gesamte nationaldemokratisch-antisemitische Front sich hinter Lukomski und Kaidan gestellt hat und entschlossen ist, die in der Angelegenheit Steiger kompromittierten Kreise mit allen Mitteln zu decken. Die Regierung ist nicht in der Lage, gegen diese geschlossene Front anzukämpfen. — In einer halboffiziösen Mitteilung hieß es bekanntlich, daß Lukomski bereits seines Amtes enthoben worden ist. Eine diesbezügliche Maßnahme war auch schon vorbereitet gewesen, allein die neue Wendung der Dinge hat die maßgebenden Kreise der Regierung veranlaßt, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.